

Die unterfertigenden Bezirksräte stellen namens der Fraktion der Freiheitlichen Bezirksräte auf der am 13.09.2017 stattfindenden ordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung von Wien Penzing gemäß § 24 der Geschäftsordnung folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Penzing vermisst eine 150 m Schutzzone rund um Einrichtungen die im Besonderen von Minderjährigen frequentiert werden wie z.B. Kindergärten, Kindertagesheime, Schulen und Schülerheime, Jugendheime und Jugendzentren, Kinder- und Jugendspielplätze sowie um Gebäude und Gebäudeteile, die religiösen Zwecken gewidmet sind, Heil- und Pflegeanstalten und Friedhöfe im Wiener Prostitutionsgesetz 2011.

Begründung:

Zwar dürfen Gebäude oder Gebäudeteile zur Ausübung der Prostitution als Prostitutionslokale nur verwendet werden, wenn Anrainer keinen unzumutbaren Belästigungen ausgesetzt sind, die Bezirksvertretung Penzing vermisst jedoch die Rücksichtnahme auf die Interessen aller Nachbarn.

Weiters wird die Notwendigkeit einer „unzumutbaren“ Belästigung als falscher Maßstab angesehen. Eine erhebliche Belästigung müsste ausreichen.

Die FPÖ hat bereits im Zuge der Gesetzwerdung kritisiert, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Zulassungsprüfung von Prostitutionslokalen viel zu wenig berücksichtigt wird.

Auch sind durch das Gesetz nur die ANRAINER (die Bewohner der UNMITTELBAR danebenliegenden Grundstücke) und diese nur vor UNZUMUTBAREN Belästigungen zu schützen. Die betroffenen Bürger haben wegen des Rot-Grünen Gesetzes KEIN rechtliches MITSPRACHERECHT!

Gefordert wurde von der FPÖ, dass ALLE NACHBARN (also alle Betroffenen, nicht nur die unmittelbar Angrenzenden) ein MITSPRACHERECHT bei der Bewilligung von Prostitutionslokalen zustehen muss. Weiters wurde gefordert, dass es schon relevant sein muss, wenn es zu relevanten Belästigungen aufgrund eines Prostitutionslokals kommt.

Dies Gesetz wurde aber zum Nachteil der Bürger, wie sich aktuell rund um die Problematik „geplantes Etablissement Pachmangasse 2“ zeigt, von Rot/GRÜN beschlossen und sollte daher entsprechend geändert werden, damit solche Fehlentwicklungen in Wien hintangehalten werden können.